

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

15. September 2009

im Feuerwehrhaus in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als entschuldigt: Hans Peter **Jelinek**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 7. September 2009 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 11. September 2009 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Verpflichtung von Erhard Rupprecht als Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim

Für 10-jährige Tätigkeit als Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim überreicht Bürgermeister Vogt Erhard Rupprecht das kleine Ehrenglas der Stadt Neckarbischofsheim und spricht ihm seinen Dank für die bisherige konstruktive Arbeit aus. Bürgermeister Vogt freut sich, dass Herr Rupprecht für eine weitere Legislaturperiode dem Gemeinderat zur Verfügung steht. Er führt weiter aus, dass es als Gemeinderat nicht alleine damit getan ist, nur zu den Sitzungen des Gremiums zu kommen, sondern es sind noch viele andere Termine, die die Stadträte zu erfüllen haben und damit großes Engagement bei ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zeigen. Im Übrigen erhält ein Gemeinderat kein Gehalt und muss zusätzlich zum beruflichen Alltag das Ehrenamt unter einen Hut bringen.

Nach der Ehrung verpflichtet Bürgermeister Vogt Erhard Rupprecht als Mitglied des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim und bittet ihn, die Verpflichtungsformel zu sprechen:

" Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt Neckarbischofsheim gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das der Einwohner nach Kräften zu fördern."

Per Handschlag verpflichtet Bürgermeister Vogt Erhard Rupprecht als Mitglied des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim und weist ihm seinen Platz in den Reihen der FW/SPD-Fraktion zu.

Die Niederschrift über die Verpflichtung von Stadtrat Erhard Rupprecht ist dieser Niederschrift beigelegt.

02. 40-jähriges Dienstjubiläum von Frau Erika Leinberger

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass 40 Jahre im öffentlichen Dienst eine sehr lange Periode ist, in der sehr viel geschehen ist. Erika Leinberger hat bei der Stadt Neckarbischofsheim ausschließlich im Grundbuchamt gearbeitet und sich hierbei viele Kenntnisse im Bereich der Grundstücke und verwandtschaftlichen Verhältnisse angeeignet. Er selbst hat Erika Leinberger seit 1982 als Mitarbeiterin, die ihr Fachgebiet beherrscht, kennen gelernt. Der menschliche Umgang mit ihr war ebenfalls sehr angenehm. Die Arbeit im Grundbuchamt war für Erika Leinberger nicht nur Beruf, sondern auch ein kleines Stück Berufung. Als Anerkennung für die bisher geleistete Tätigkeit erhält Erika Leinberger die Dankurkunde des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg für 40-jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst, einen Blumenstrauß und ein Bild mit den Sehenswürdigkeiten der Stadt Neckarbischofsheim. Bürgermeister Vogt wünscht der Geehrten, die sich seit Anfang Juni des Jahres in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befindet, weiterhin alles Gute, und bedankt sich im Namen der Stadt für die bisher geleistete Arbeit. Während der passiven Phase der Altersteilzeit werden die Enkel der Frau Leinberger dafür sorgen, dass ihr die Zeit bis zum Rentnerdasein nicht langweilig werden wird.

Personalamtsleiter Harry Hack überbringt die Glückwünsche der Bediensteten der Stadt Neckarbischofsheim und des Abwasserzweckverbands Schwarzbachtal und wünscht Erika Leinberger für die Zukunft Gesundheit, Glück und Zufriedenheit und überreicht ein Geldpräsent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

03. Zustimmung zu den Sitzungsniederschriften vom 21. Juli 2009

In der Sitzungsniederschrift ist unter TOP 08 (Wahl der Vertreter für den Jugend- und Kulturbeirat) der Beschluss dahingehend zu ändern, dass als ordentliche Mitglieder Steffen Scherb (Stellvertreter Norbert Benz) und Edith Bräumer (Stellvertreter Peter Haffelder) gewählt wurden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den beiden Sitzungsniederschriften vom 21. Juli 2009 (Gemeinderat bisher und Gemeinderat neu) mit der o.a. Änderung zu.

Abstimmung: 14 Ja

04. Benennung von Mitgliedern für den Gutachterausschuss des Gemeindeverwaltungsverbands Waibstadt

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Benennung von Stadtrat Hans Rossel als Mitglied für den Gutachterausschuss des Gemeindeverwaltungsverbandes Waibstadt und Stadtrat Hans Peter Jelinek als dessen Vertreter zu.

Abstimmung: 13 Ja 1 Enthaltung

05. Vorstellung der Ergebnisse aus der Ideenwerkstatt familienfreundliches Neckarbischofsheim Beratung des weiteren Vorgehens

Bürgermeister Vogt führt aus, dass in der heutigen Sitzung vorgestellt werden soll, was an wesentlichen Punkten bei der Ideenwerkstatt am Samstag, 28. März 2009 von den Teilnehmern diskutiert wurde. Des Weiteren soll sich der Gemeinderat heute darüber unterhalten, in welcher Art und Weise die Stadt Neckarbischofsheim sich mit den Ergebnissen aus der Ideenwerkstatt beschäftigen will.

Zur Vorstellung der Ergebnisse aus der Ideenwerkstatt „Familienfreundliches Neckarbischofsheim“ begrüßt Bürgermeister Vogt Herrn Jens Ritterbusch von der Familienforschung Baden-Württemberg recht herzlich, der für Herrn Andreas Reuter von der KVJS eingesprungen ist.

Herr Ritterbusch führt aus, dass bereits in 30 Städten und Gemeinden im Land Baden-Württemberg die Ideenwerkstatt angeboten und durchgeführt wurden, um etwas für das soziale Zusammenleben zu bewirken. Es ist eine Tatsache, dass es im Land immer weniger Kinder und immer mehr Hochbetagte gibt, die Einwohner weniger werden und es eine heterogenere Einwohnerschaft gibt. Die KVJS und Familienforschung verfolgen das Ziel, dass die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger nach den Veranstaltungen die Ergebnisse weiter ausweiten, und zusammen mit dem Gemeinderat und der Verwaltung weiter an den Ideen arbeiten und diese für ihre Gemeinden umsetzen.

Anhand einer Bildschirmpräsentation erläutert er die Vorschläge der ersten Maßnahmen bzw. Schritte aus den vier Arbeitsgruppen, die jedoch nicht nur ein Strohfeder aus diesem einen Tag der Ideenwerkstatt bleiben sollen. Die Dokumentation über die Ideenwerkstatt wurde dem Gemeinderat der Vorlage zu diesem TOP beigelegt.

Die Ergebnisse der Ideenwerkstatt sind eine wichtige Informationsquelle. Sie liefert Ideen und Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit in Neckarbischofsheim und lässt erste Rückschlüsse auf sich neu abzeichnende Bedürfnisse zu. Außerdem geben die Adressaten Rückmeldungen zur Wahrnehmung der Arbeit von Gemeinderat und Verwaltung im Bereich der kommunalen Familienpolitik. Die Rückmeldungen der Bürger sind erst zu nehmen und aus den Ergebnissen ist eine strategische Auswahl zu treffen, um zeitnah erste Umsetzungserfolge erreichen zu können.

Die Ideen und Vorschläge betrafen folgende Maßnahmen:

a) Entwicklung einer Konzeption „Mehrgenerationenhaus Neckarbischofsheim“

Erste Anläufe gibt es bereits, die Stadthalle für einen generationsübergreifenden Treffpunkt mit vielfältigen Aktivitäten zu nutzen. Zunächst sollen die bereits vorhandenen Angebote zusammengestellt und dann durch Vorschläge aus der Ideenwerkstatt angereichert und zu einem schlüssigen Konzept verdichtet werden. Getragen werden soll die Initiative von einem „Arbeitskreis Mehrgenerationenhaus“, der sich aus Verwaltung, Bürgern und Gemeinderatsmitgliedern zusammensetzt.

b) Verkehrsanbindung nach Bad Rappenau und der beiden Stadtteile

Hier sind bereits eine Vielzahl von Entwicklungen von Seiten der Verwaltung angestoßen worden. Eine Ergänzung dieser Initiativen durch eine „Mitfahr-Initiative“ soll im „Arbeitskreis Mehrgenerationenhaus“ bearbeitet werden. Für die Anbindung der Neubaugebiete zu den Kindergärten ist geplant, das Modell „Walking Bus“ aus der Gemeinde Mauer aufzugreifen.

c) Rat und Hilfe, Elternführerschein

Eine ganze Reihe sind da zusammengetragen worden, z.B. die Idee eines Helfertisches, ein runder Tisch Kindertagesstätten-Schule, Angebote der Familienbildung, Infoabend Vorschulkinder usw. Hier macht es Sinn, den bereits vorhandenen Jugend- und Kulturbeirat wieder zu beleben und durch interessierte Bürger zu ergänzen.

d) Jugendforum

Eine ergänzende Einbeziehung der Jugend zur Zukunftswerkstatt soll in einem, gemeinsam mit der Schule veranstalteten Jugendforum Anfang des Jahres 2010 erfolgen. Dabei soll die Situation in Neckarbischofsheim, sowie in den Stadtteilen Helmhof und Untergimpfern und vor allem Angebote für Mädchen in den Blick genommen werden.

e) Einladung der Neubürger zu einem Gespräch

Um die Neubürger willkommen zu heißen, sie zu informieren was der Ort bietet und ihnen am Anfang in Neckarbischofsheim mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ist ein Willkommensgespräch geplant. Erfahrungen aus der Gemeinde Lauchringen sollen hierzu genutzt werden.

Zum Abschluss der Präsentation stellt Herr Ritterbusch fest, dass die fünf vorgestellten Punkte eine Grundlage darstellen sollen, wie man in die Dokumentation über die Ideenwerkstatt einsteigen kann. Nunmehr gilt es, die Bürger einzuladen, um die vorliegenden Ergebnisse zu besprechen. Hierbei benötigt man aber einen Kreis von Aktiven, der die Ideen vorantreibt und mitträgt. Sollte bei einzelnen Punkten keine Resonanz erfolgen, kann es sein, dass es sich um keine tragfähige Idee gehandelt hat. Die Stadt Neckarbischofsheim verschenkt allerdings nichts, wenn sie die vorgestellten Ideen aufgreift und durchführt.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass in die Ideenwerkstatt die Bevölkerung integriert wurde, wobei nun strukturiert werden muss, um weitere Mitstreiter zu bekommen, welche wiederum die gesamte Bevölkerung ansprechen. Die Verwaltung und der Gemeinderat allein kann dies mit Sicherheit nicht alles alleine bewerkstelligen, sondern kann nur Starthilfe geben, um die noch unbestellten Felder zu beackern. Ein gutes Beispiel ist hier bereits seit einigen Jahren die Stadtbücherei, die mit ehrenamtlichen Helfern arbeitet. Das Stadtbücherei-Team mit seinen derzeit zwölf ehrenamtlichen Helfern hat sich heute nach den Sommerferien getroffen, um die künftige Arbeit zu besprechen. Hier zeigt sich, dass mit Unterstützung der Verwaltung eine städtische Einrichtung geführt werden kann, wobei sich immer wieder Personen finden, die hier mitarbeiten wollen.

Der Gemeinderat hat sich nun mit bestimmten Themen zu beschäftigen, bei denen man sich vorstellen kann, wohin die Reise in Neckarbischofsheim geht, bspw. Mehrgenerationenhaus oder öffentlicher Personennahverkehr. Bei den drei weiteren angesprochenen Themen kann ein Beschluss des Gemeinderats allerdings nichts ausrichten, da hier mehr aus der Bevölkerung heraus kommen muss.

Stadträtin Karin Bender stellt fest, dass sich die ersten beiden Themen (Mehrgenerationenhaus, Nahverkehr) an diesem Samstag stark herauskristallisiert haben, weshalb sich der Gemeinderat mit dieser Thematik, hauptsächlich im Bereich der Verkehrsanbindung, beschäftigen muss. Ein Mehrgenerationenhaus findet sie ebenfalls gut, allerdings stellt sie sich die Durchführung schwierig vor, wenn nicht von der Bevölkerung mehr Engagement eingebracht wird. Der Jugend- und Kulturbeirat ist bereits Teil des Gemeinderats, ebenso die Verwaltung. Sie schlägt vor, einen Aufruf zu starten, welche Bürgerinnen und Bürger sich an der Einrichtung des Mehrgenerationenhauses beteiligen wollen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass wenn dem Gemeinderat die fünf vorgestellten Punkte wichtig sind, diese so weiterentwickelt werden und hierfür weitere Mitstreiter gesucht werden sollen. Ansätze sind beispielsweise in der Kinderbetreuung und den Kindergärten möglich. Seiner Meinung nach können die Themen in einem solchen Gremium besser diskutiert werden als im Gemeinderat. Hierbei sollten Stück für Stück Vorschläge unterbreitet werden, die auch die Bevölkerung mit einbinden. Allerdings hat der Gemeinderat die Marschrichtung vorgegeben. Nachdem die Thematik der Ideenwerkstatt noch nicht im Gemeinderat offiziell diskutiert wurde und keine Signale an die Verwaltung gegeben wurden, konnte in diesem Bereich noch keine konkreten Maßnahmen angegangen werden.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, ob es bereits Erfahrungswerte von anderen Gemeinden mit der Umsetzung solcher Projekte gibt und ob mit diesen bereits Rücksprache gehalten wurde.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass im Juni 2009 ein Erfahrungsaustausch in Offenburg stattfand, zu dem alle bisher an der Ideenwerkstatt beteiligten Gemeinden eingeladen waren. Bei diesem Termin konnten viele neue Kontakte zu anderen Gemeinden geknüpft werden, die schon weiter sind als Neckarbischofsheim.

Herr Ritterbusch ergänzt, dass es die Rolle des Kommunalverbands und der Familienforschung ist, die Kontakte an die Gemeinden weiterzugeben und auch zu speziellen Themen direkte Ansprechpartner zu nennen. In der Gemeinde, in der Herr Reuter wohnt, hat sich bereits eine Initiative gegründet. Wenn man sich ein Thema vornimmt, dann lädt man dazu ein, macht eine kurze Bestandsaufnahme, koordiniert alles und baut ein verantwortliches Bürgergremium mit entsprechenden Strukturen auf. So können auch kleinere Vorhaben, in die sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen wollen, durchgeführt werden.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob die Stadt Neckarbischofsheim nun aus den vorstellten Punkten eine Prioritätenliste erarbeiten, oder alles gleichzeitig angegangen werden soll.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass alle fünf Themen nicht gleichzeitig zu schaffen sind. An dem Samstag hat sich allerdings herausgestellt, dass das Mehrgenerationenhaus, die Kinderbetreuung und der Nahverkehr große Schwerpunkte waren, um die sich die Stadt Neckarbischofsheim kümmern sollte. Im Laufe der nächsten Sitzungen sollten zwei Punkte mit Arbeitsgruppen vorgestellt werden.

Stadtrat Georg Zwölfer führt aus, dass „Familienfreundliches Neckarbischofsheim“ ein Prädikat darstellen kann. Allerdings sind die Kosten für dieses Prädikat eine Belastung für den städtischen Haushalt. Dies bedeutet wiederum, dass für andere Bereiche weniger Mittel zur Verfügung stehen. Er fragt nach, auf wessen Kosten die Familienfreundlichkeit finanziert werden soll.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass es Aktivitäten die nichts kosten es nicht geben wird. Für ein Mehrgenerationenhaus sind Investitionen zu tätigen. In welcher Form dies geschieht, und welche Zuschüsse es dafür gibt und wie die Refinanzierung des Hauses dann aussieht, darüber hat der Gemeinderat sich noch ausführlich zu unterhalten. Allerdings kann es sich hierbei nicht um ein Wunschkonzert handeln.

Stadtrat Norbert Benz führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim für die Beratung „Ideenwerkstatt“ einen gewissen Betrag bezahlt hat. Er fragt nach, ob in diesen Kosten auch die weitere Beratung mit beinhaltet ist. Dies wird ihm von Bürgermeister Vogt und Herrn Ritterbusch bestätigt.

Herr Ritterbusch merkt an, dass Gemeinden, die in ein Mehrgenerationenhaus investiert haben, damit gut gefahren sind. Zuvor haben diese Gemeinden überprüft, welche Funktion das Haus haben soll. Eventuell kann das auch ein vorhandenes Vereinsheim oder eine Seniorenbegegnungsstätte sein. Auf jeden Fall kommt es immer auf die Menschen an, die das Projekt „leben wollen“. Zweitrangig sind die Räumlichkeiten. Wichtig ist es, aktive Mitstreiter zu finden.

Zum Abschluss der Diskussion stellt Bürgermeister Vogt fest, dass sich der Gemeinderat mit den fünf vorgestellten Themenbereichen identifizieren muss und dann die Entscheidung zu treffen hat, ob sich die Stadt Neckarbischofsheim hier weiterentwickeln möchte. Zur nächsten Gemeinderatssitzung wird die Verwaltung hierzu einige Vorschläge erarbeiten, die dann hoffentlich zu einer positiven Weiterentwicklung von Neckarbischofsheim führen werden.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

06. Beratung und Beschlussfassung des 1. Nachtragshaushaltsplans 2009

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass zwei Faktoren für den Nachtragshaushalt 2009 verantwortlich sind. Zum einen das Konjunkturpaket II und zum anderen die Reduzierung der Steuereinnahmen. Glücklicherweise erfolgte bei der Stadt Neckarbischofsheim noch kein großer Einbruch bei der Gewerbesteuer, wobei die Entwicklung vom Bürgermeister und Stadtkämmerer mit kritischem Blick verfolgt wird. Von den umliegenden Gemeinden konnte man bereits vernehmen, dass diese erhebliche Gewerbesteuerverluste zu verzeichnen haben.

Auch die Verwaltung ist in diesem Hinblick unruhig, hat jedoch aus den Neckarbischofsheimer Betrieben bereits Signale empfangen, dass die Umsatzeinbrüche nicht so schlimm waren, wie man es während der Wirtschaftskrise befürchtet hatte. Zur Zeit läuft einiges besser als erwartet, allerdings noch nicht so wie vor der Wirtschaftskrise. Im Nachtrag konnten nur die Steuerausfälle, die der Verwaltung derzeit bekannt sind, eingestellt werden. Außerdem wurden im Vermögenshaushalt die Änderungen, die das Konjunkturpaket II betreffen, vorgenommen.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, ob das Kommunalrechtsamt des Rhein-Neckar-Kreises dem Nachtrashaushalt zustimmen wird, obwohl dieser den gesetzlichen Vorgaben nicht entspricht.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass bei der Genehmigung des Haushalts immer die Kreditaufnahmen ein kritischer Punkt sind. Diese erhöhen sich im vorliegenden Nachtragshaushalt nicht. Eine umgekehrte Zuführung, vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt, kann nur vorgenommen werden, wenn diese nicht durch Kredite finanziert wird. Die veranschlagten Investitionen sind mit Zuschüssen abgedeckt. Im Übrigen dürfen keine Kreditaufnahmen für die laufenden Ausgaben des Haushalts erfolgen, weshalb zum Ausgleich des Haushalts auf die Entnahme aus der Rücklage zurückgegriffen werden muss. Der Ausgleich des Verwaltungshaushalts durch Mittelzuführung aus dem Vermögenshaushalt ist nicht der normale Fall, entspricht aber den Vorschriften der Gemeindeordnung.

Stadtrat Hans Rossel stellt fest, dass zum Ausgleich des Haushalts 2010 keine Chance mehr besteht, diesen durch die Entnahme von Rücklagen zu finanzieren. Dies wird ihm von Bürgermeister Vogt bestätigt, da die Rücklagen für die Finanzierung des diesjährigen Nachtragshaushalts sehr stark zurückgefahren wurden.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, was passieren wird, wenn die Gewerbesteuer 2009 doch noch einbricht. Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass dann die restliche Rücklage zur Finanzierung des Haushalts 2009 zu verwenden ist. Im Übrigen hängt die Stadt Neckarbischofsheim seit Jahren am Tropf der Steuereinnahmen. Die Steuerausfälle können des Weiteren im städtischen Haushalt nicht eingespart werden. Außerdem gibt er zu bedenken, dass aus den guten Steuerjahren noch hohe Umlagen zu entrichten sind, die eigentlich aus der Rücklage entnommen werden sollten.

Stadtrat Thomas Mayer bittet um Auskunft zu Finanzposition 1.6700.510000 (Straßenbeleuchtung), weshalb Mittel für die Contractingrate einzustellen sind.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass im Wege der Unterhaltungsmaßnahmen in der Allee-La Chapelle-St.-Luc die Lampenköpfe gewechselt wurden und zusätzliche hinzugekommen sind. Diese Maßnahme fliegt auch in die Contractingrate mit der EnBW ein.

Zu Finanzposition 1.7830.510000 (Feldwegeunterhaltung) bittet Stadtrat Mayer um Auskunft, welche Unterhaltungsmaßnahmen vorgenommen wurden.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es sich hierbei hauptsächlich um den Lerchenweg gehandelt hat, wobei der Gemeinderat den Ausbau so beschlossen hat.

Stadträtin Karin Bender bittet um Auskunft, weshalb noch keine Auftragsvergaben zur Sanierung des Hallenbads erfolgt sind.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich der beauftragte Architekt das Gebäude nochmals sorgfältig angeschaut hat. Dabei ist er zum Ergebnis gekommen, dass zwei Außenwände (bei den Umkleidekabinen) vollkommen in Ordnung sind. Dies hat er sich auch durch einen Bauphysiker, den er zu Rate gezogen hat, bestätigen lassen. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die Isolierung des Hallenbads in Ordnung ist, allerdings im Inneren der Schwimmhalle die Fliesen zu entfernen und eine neue Dampfsperre einzubringen ist. Hierdurch können die Kosten etwas verringert werden. Im Prinzip ist somit an den beiden Außenwänden nur eine Betonpflege im Außenbereich vorzunehmen. Die Fassaden bleiben dann so, wie sie derzeit sind. Durch diese Maßnahme hat sich die Ausschreibung der Sanierungsmaßnahme verzögert, was die Verwaltung jedoch für gerechtfertigt hält. Im Moment läuft die Ausschreibung, so dass der Gemeinderat die Auftragsvergabe in der nächsten Sitzung im Oktober tätigen kann. Das Hallenbad bleibt so lange geschlossen, bis die Sanierungsmaßnahme, voraussichtlich Ende Dezember 2009, abgeschlossen ist.

Stadträtin Karin Bender fragt an, weshalb unter Finanzposition 2.6300.950000 (Gemeindestraßen) Erschließungskosten für die den Bitzweg und das Eichertstal anfallen, obwohl die Maßnahme über das Treuhandkonto abgerechnet wird.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Klärbeiträge (Entwässerungsbeiträge), die die Stadt Neckarbischofsheim von den Privateigentümern erhält, über den städtischen Haushalt abgewickelt werden müssen. Der Aufwand ist im Vermögenshaushalt ebenfalls für die städtischen Grundstücke entsprechend auszuweisen. Die Einnahmen fließen allerdings wieder auf das Treuhandkonto, so dass damit die Schulden der Stadt Neckarbischofsheim auf dem Treuhandkonto wieder verringert werden. Nach der Auflösung des Treuhandkontos sind hier weniger Kosten von der Stadt zu übernehmen.

Stadtrat Thomas Mayer weist darauf hin, dass die Finanzposition 2.6300.950000 richtig „Eichertstal“ und nicht „Kapplersgärten“ heißen muss. Der Hinweis wird von Bürgermeister Vogt aufgenommen.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, ob bei Finanzposition 2.7970.950000 (Förderung des öffentlichen Nahverkehrs) im Planansatz nicht eine weitere „Null“ vergessen wurde. Stadträtin Heike Jacobs fragt des Weiteren nach, welche Maßnahmen dort vorgenommen wurden.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die bisherigen Ausgaben die Planungskosten und die Freimachung des Geländes (Fällung von Bäumen und Büschen) betreffen. Diese Maßnahmen waren vor Erlass des Haushalts im Dezember 2008 noch nicht ersichtlich. Die Grundstückserwerbskosten wurden bei Finanzposition 2.8830.932000 verbucht, wobei hier der Planansatz nicht überschritten wurde. Im Übrigen werden für die Erstellung der Park- und Ride-Anlage im nächsten Haushaltsjahr 2010 entsprechende Mittel eingeplant.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, ob es für den Diebstahlschaden im städtischen Bauhof (Finanzposition 2.7710.935000) keine Versicherungsleistungen gab.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der Diebstahl während des laufenden Tagesbetriebs erfolgte, so dass die Versicherung den Schaden nicht übernommen hat.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Ansicht, dass die Kosten für das Holzrücken (Finanzposition 1.8550.672100 - Forstwirtschaftliche Unternehmen) schon im Voraus bekannt waren.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass es im Laufe des Holzeinschlags immer wieder zu Verschiebungen kommen kann. Wenn in diesem Jahr kein Nachtragshaushalt hätte gemacht werden müssen, wären diese Kosten im laufenden Haushaltsjahr untergegangen. Die Verwaltung hat aber alle Beträge überarbeitet und im Nachtragshaushalt aktualisiert.

Beschluss:

Aufgrund § 82 in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Oktober 2008 (GBl. S. 343), hat der Gemeinderat am 15. September 2009 folgende Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:

NACHTRAGSHAUSHALTSSATZUNG

für das Haushaltsjahr 2009

§ 1

Der Haushaltsplan wird wie folgt geändert:

1. Die Einnahmen und Ausgaben	
des Verwaltungshaushaltes vermindern sich je um	222.500,00 €
auf	7.293.500,00 €
Die Einnahmen und Ausgaben	
des Vermögenshaushaltes erhöhen sich je um	581.500,00 €
auf	2.297.500,00 €

Im Übrigen bleiben die Festsetzungen der Haushaltssatzung vom 16. Dezember 2008 unverändert.

Abstimmung: 14 Ja

07. Sanierungsgebiet „Ortskern“ im Stadtteil Untergimpeln

hier: Wiederholungsantrag zur Aufnahme ins Landessanierungsprogramm

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass die Verwaltung vorschlägt, dass sich die Stadt Neckarbischofsheim um eine erneute Aufnahme des Sanierungsgebiets „Ortskern“ im Stadtteil Untergimpeln in das Landessanierungsprogramm bemüht. Am Mittwoch, 16. September 2009, findet ein Gespräch mit Vertretern der Metropolregion Rhein-Neckar (ehemals Regionalverband) statt, in welchem es um das „Programmraum Plus“ geht. Hier sollen fünf Gemeinden als Projektgemeinden aufgenommen werden, wobei auch Neckarbischofsheim dabei sein wird. Bei dem Gespräch wird die Verwaltung Informationen darüber erhalten, wie das Thema angegangen wird. Insbesondere werden Maßnahmen dargelegt, wie sich eine Gemeinde verhalten kann, wenn sich die Bevölkerungsstruktur ändert.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach, ob das Programm durch die Metropolregion subventioniert wird. Bürgermeister Vogt führt aus, dass es sich hier nicht um ein spezielles Förderprogramm handelt, sondern die Stadt Neckarbischofsheim Informationen erhält, wie man sich im Sanierungsverfahren aufstellen kann. Die ersten Untersuchungen dafür werden von der Metropolregion Rhein-Neckar bezahlt.

Stadtrat Peter Haffelder bittet um Auskunft, ob es eine Begründung für die Ablehnung zur Aufnahme in das Landessanierungsprogramm gibt. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Begründung dahingehend war, dass es mehr Anträge von Gemeinden gab, als Maßnahmen bewilligt werden konnten. Dies wurde dem Gemeinderat bei der Antragstellung aber mitgeteilt. Im Übrigen wurde das Sanierungsgebiet in Neckarbischofsheim (Von-Hindenburg-Straße) erst beim dritten Antrag in das LSP aufgenommen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Wiederholungsantrag zur Aufnahme des Sanierungsgebiets „Ortskern“ im Stadtteil Untergimpeln in das Landessanierungsprogramm 2010 zu.

Abstimmung: 14 Ja

08. Schulzentrum Neckarbischofsheim

a) Auftragsvergabe zur Sanierung des Kleinspielfeldes

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass zwischenzeitlich die Bewilligungsbescheide für die Sanierungsmaßnahmen vorliegen und im zweiten Bauabschnitt die Sanierung des Kleinspielfelds angegangen werden soll, damit die Schulen im Frühjahr diese Sportstätte wieder nutzen können.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt an, ob es vorgesehen ist, den Platz künftig einzuzäunen und Abends abzuschließen, um Schäden an dem Spielfeld durch Fremdnutzung zu vermeiden. Bürgermeister Vogt führt aus, dass die abendliche Nutzung mit der Sanierung des Kleinspielfelds nichts zu tun hat, sondern wegen des schlechten Unterbaus eine Sanierung vorzunehmen ist.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass fünf interessierte Firmen die Ausschreibungsunterlagen abgeholt haben, jedoch nur zwei Angebote zur Sanierung des Kleinspielfelds bei der Verwaltung eingegangen sind. Diese wurden vom Büro Michael Hink überprüft. Aufgrund der Kosten schlägt die Verwaltung vor, nur den Platz zu sanieren und die vorgesehene Entwässerungsrinne außen vor zu lassen.

Stadtrat Gerold Rossel bittet um Auskunft, ob der grüne Belag eine besondere Bedeutung hat, oder lediglich einen Farbtupfer im Schulzentrum darstellt. Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass der Belag in der Landschaft gefälliger aussieht und es Geschmacksache ist, die Farbe aufzubringen.

Stadtrat Peter Haffelder spricht sich aufgrund der Mehrkosten von 2.544,00 € für die günstigere Sanierungsvariante (roter Belag) aus.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob die Entsorgung des Splitts nicht auf Wald- bzw. Feldwegen erfolgen kann. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass es sich hier um teerhaltiges Material handelt und dadurch unter die Schadstoffverantwortung fällt und somit entsprechend zu entsorgen ist. Anders sieht es bei bitumenhaltigem Material aus, das auf Feldwegen weiterverwendet werden kann.

Im Übrigen handelt es sich bei der Ausschreibung um eine Bedarfsposition, da die Verwaltung nicht genau weiß, wie der Untergrund des Spielfeldes genau beschaffen ist.

Stadtrat Rüdiger Knapp bittet um Auskunft, ob der vorgesehene Ballfangzaun bereits in den Sanierungskosten mit eingebunden ist. Dies wird von Bürgermeister Vogt verneint, der feststellt, dass in einer separaten Ausschreibung diese Maßnahme noch zu vergeben ist.

Stadtrat Thomas Mayer führt aus, dass nach seiner Rechnung mit dem Ballfangzaun rund 30.000 € an Kosten auf die Stadt Neckarbischofsheim zukommen werden. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass für den zweiten Bauabschnitt rund 120.000 € zur Verfügung stehen, wobei noch Zuschüsse von der Sportförderung und vom Ausgleichstock zu erwarten sind. Die Kosten für einen Ballfangzaun liegen im Übrigen bei zirka 5.000 €.

Stadtrat Thomas Mayer bringt in die Diskussion ein zu überlegen, ob nicht die ganze Sportstätte eingezäunt und abgeschlossen werden sollte. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass diese Maßnahme teurer wie geplant wird, wobei dann auch zu überlegen ist, ob nicht auch das DFB-Minispielplatz mit eingezäunt wird. Festzustellen ist, dass die Sanierungsmaßnahme nicht deswegen verursacht wurde, weil mit dem Platz unsachgemäß umgegangen wurde, sondern weil der Unterbau nach 15 Jahren schadhaft ist.

Stadträtin Karin Bender stellt fest, dass eine unsachgemäße Nutzung des Platzes schon vorhanden ist, da sie schon mehrfach beobachten konnte, dass Jugendliche mit Mopeds oder auch größeren Fahrzeugen auf dem Platz herumfahren. Sie spricht sich gegen die Umzäunung aus und schlägt vor, bereits an der Zufahrt zum Sportgelände (Schranke) wirksamere Maßnahmen anzubringen. Ihrer Ansicht nach kann es nicht sein, dass die Stadt Neckarbischofsheim 40.000 € in das Kleinspielfeld investiert und Jugendliche trotzdem mit Fahrzeugen den Platz beschädigen.

Bürgermeister Vogt schlägt nach der Diskussion vor, den Auftrag zur Sanierung des Kleinspielfeldes an die Fa. Becker, Zuzenhausen, zum Angebotspreis in Höhe von 83.535,38 € zu vergeben. Dieses Angebot beinhaltet lediglich die Sanierung des Tartanplatzes mit dem roten Belag. Bis zum Kostenvoranschlag von 120.000 € ist noch ein wenig Luft, weshalb die Verwaltung dem Gemeinderat im Rahmen dieser Kosten einen Vorschlag machen wird, wie ein besserer Schutz für das Spielfeld in Zukunft erfolgen kann.

Beschluss:

Der Auftrag zur Sanierung des Kleinspielfeldes wird an die Fa. Becker, Zuzenhausen, zum geprüften Angebotspreis in Höhe von 83.535,38 € (brutto) vergeben (ohne Entwässerungsrinne und grüner Tartanbelag).

Abstimmung: 13 Ja 1 Nein

b) Auftragsvergabe zur Einrichtung einer Spülküche

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt auf Anfrage von Stadtrat Gerold Rossel, welche Gegenstände die Spülküche enthalten wird weiter aus, dass es sich beim Angebot der Fa. Meiko um einen kompletten Einbausatz mit Spülautomat, Vorspüler, Spülbecken und Edelstahlablage handelt.

Stadträtin Heike Jacobs bittet um Auskunft, ob es üblich ist, dass die Verwaltung mit dem günstigsten Bieter in Nachverhandlungen geht. Bürgermeister Vogt teilt hierzu mit, dass die Verwaltung schon immer mit dem günstigsten Bieter Nachverhandlungen geführt hat. Verboten ist es jedoch, mit den nachfolgenden Bietern zu verhandeln, um die Bieterreihenfolge zu ändern.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, ob der Geschirrspülautomat für die Mensa nicht überdimensioniert ist, da dieser auf eine Anzahl von 350 Essen ausgelegt ist. Bürgermeister Vogt führt aus, dass dieses Gerät auf eine technische Leistung zwischen 50 bis 350 Essen ausgelegt ist und es dazwischen keinen anderen Spülautomaten gibt.

Weiter führt Stadtrat Knapp aus, dass von Verwaltungsseite derzeit kräftig Bestellungen für die Mensa vorangetrieben werden, obwohl die Aufnahme des Mensabetriebs nach den Sommerferien nicht möglich ist. Nach Auskunft des Architekten ist nun der 6. November, eine Woche nach den Herbstferien, angedacht. Er bittet um Auskunft, welches Ziel sich die Verwaltung für den Start des Mensabetriebs gesetzt hat.

Bürgermeister Vogt teilt hierzu mit, dass es das Ziel der Verwaltung ist, so schnell wie möglich die Essensversorgung für die Schülerinnen und Schüler an der Mensa zu gewährleisten. Allerdings konnte sich der Gemeinderat vor den Sommerferien bereits vorstellen, dass der Betrieb nach den Sommerferien nicht starten wird, da noch zu viele Dinge nicht gelöst waren. Die Hausaufgabe der Verwaltung ist es nunmehr, weitere Gespräche mit den Caterer, die ihre Angebotsunterlagen eingereicht haben, zu führen. Von einem Anbieter fehlen jedoch noch einige Unterlagen. Die Verwaltung hat gehofft, heute schon mehr über den Stand der Angelegenheit sagen zu können. Bei den Gesprächen mit den Caterern soll abgestimmt werden, was an Kücheneinrichtung noch benötigt wird und auch Sinn macht. Im Übrigen ist die Schulleitung darauf eingestellt, den Stundenplan entsprechend zu ändern, sobald die Mensa ihren Betrieb aufnimmt.

Stadtrat Rüdiger Knapp führt aus, dass die Mitglieder des Gemeinderats ständig von den Eltern angefragt werden, wann die Mensa in Betrieb geht. Um genügend Zeit für die Auswahl der Caterer und Einrichtungsgegenstände zu haben, spricht er sich als Zieldatum für die Eröffnung der Mensa nach den Weihnachtsferien aus.

Bürgermeister Vogt bittet um Verständnis, dass der Termin 6. November 2009 nicht noch weiter hinausgezogen wird, da ansonsten die Baufirmen sich für die Ausführung der Arbeiten noch mehr Zeit lassen. Er ist der Meinung, die Maßnahme zügig voranzutreiben, hat allerdings auch kein Problem damit, wenn der Mensabetrieb erst nach den Weihnachtsferien in Betrieb geht.

Stadtrat Knapp merkt an, dass es Aufgabe des Architekten ist, auf die Einhaltung der Termine bei den Bauausführenden Firmen zu achten und spricht sich dafür aus, einen Abzug bei den Rechnungen vorzunehmen, wenn nicht termingerecht gearbeitet wurde.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, ob für die Bedienung des Geschirrspülautomaten weiteres Personal von der Stadt benötigt wird. Dies wird von Bürgermeister Vogt verneint, da dies dann Aufgabe des Caterer sein wird.

Stadtrat Georg Zwölfer fragt an, ob es nicht sinnvoll wäre, da noch mehr Gegenstände für den Mensabetrieb in der Küche benötigt werden, dies im Gesamten auszuschreiben, um hier eventuelle Kosteneinsparungen zu haben.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Verwaltung bereits ein Angebot für die gesamte Kücheneinrichtung vorliegt, die Verwaltung jedoch das Angebot der Caterer abwarten wollte, was diese an Küchengerätschaften benötigen. Im Übrigen sind die derzeit vorliegenden Einzelangebote etwas günstiger als das Gesamtküchenangebot. Die gesamte Küchentechnik beläuft sich nach dem Kostenvoranschlag des Architekten auf zirka 60.000 €.

Stadtrat Walter Freudenberger tut sich schwer mit der Zustimmung zur Anschaffung der Spülküche und befürchtet, dass noch Mehrausgaben hier dazukommen werden. Seiner Meinung nach sollte man, wenn man schon den ersten Schritt gemacht hat, auch den nächsten tun und nicht warten, was noch alles anzuschaffen ist.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass dem Gemeinderat bekannt ist, welche Kosten bei der Kücheneinrichtung auf die Stadt Neckarbischofsheim zukommen. Mehr Geräte, als die, die bereits angesprochen wurden, werden nicht angeschafft. Und diese sind nicht teurer als das Gesamtangebot für die Kücheneinrichtung.

Bürger- und Bauamtsleiter Böhm stellt fest, dass sich die Küche in drei Teile gliedert: Kochen, Ausgabe, Spülen. Um eine Spüle wird die Stadt nicht umhinkommen, wenn ein Caterer in der Mensa warmes Essen anbietet. Für die Essenanlieferung von außerhalb müsste beispielsweise keine Kochküche eingerichtet werden, sondern lediglich eine Ausgabetheke eingerichtet werden.

Stadtrat Erhard Rupprecht führt aus, dass er der Verwaltung das Prospekt der Fa. Hoffmann-Menü zur Verfügung gestellt hat, die wiederum Essen in Aluschalen anliefert und diese wieder zurücknimmt.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass es Ziel der Verwaltung ist, sich nicht auf einen Caterer auszurichten, sondern die Küche so einrichtet, dass jeder Caterer darin vernünftig arbeiten kann. Dass sich die Stadt Neckarbischofsheim hier auf einen Drahtseilakt einlässt, dürfte jedem Gemeinderat bewusst sein.

Stadtrat Rüdiger Knapp fügt an, dass sich auch die Vereine bei Veranstaltungen im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium bei der Bewirtung leichter tun, wenn sie eine gute Küchenausstattung vorfinden.

Stadträtin Karin Bender zeigt sich erschrocken über die Kosten von 11.000 € für die Spülküche. Über den Turnverein hat sie sich deshalb erkundigt, was deren Spülmobil bei der 100-Jahrfeier gekostet hat (3.000 €).

Bürgermeister Vogt weist darauf hin, dass die Stadt Neckarbischofsheim in der Schulmensa auch den gesetzlichen Hygienestandard gewährleisten muss, weshalb eine andere Spülküche hier nicht eingebaut werden kann.

Stadtrat Rüdiger Knapp fügt noch an, dass auch darauf zu achten ist, dass die Verschleißteile (Dichtungen) halten, was bei günstigeren Spülmaschinen nicht immer der Fall ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Auftragsvergabe zur Einrichtung einer Spülküche zum geprüften Angebotspreis in Höhe von 11.810,92 € (brutto) an die Fa. Meiko zu.

Abstimmung: 8 Ja 4 Nein 2 Enthaltungen

c) Auftragsvergabe für die Anschaffung der Möblierung

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es sich bei der Anschaffung der Möblierung um normale Standardtische und Stühle handelt. Weitere Sitzplätze werden als Bank bei der Empore angebracht.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass die Möblierung des Feuerwehrhauses in Neckarbischofsheim mit der gleichen Anzahl von Stühlen und Tischen um die Hälfte günstiger war und bittet darum, dies vor der Auftragsvergabe zu überprüfen. Im Übrigen hält er von den vorgeschlagenen Stühlen nicht viel, da diese durch die Schüler recht schnell beschädigt werden können.

Bürgermeister Vogt nimmt die Anregung auf und wird die Beschaffung der Möblierung im Feuerwehrhaus überprüfen. Ein Zeitverlust entsteht dadurch nicht, wenn die offizielle Eröffnung der Mensa erst nach den Weihnachtsferien erfolgen soll. Im Übrigen ist es seit dem Konjunkturpaket II kein Problem mehr, mit Angebotsfirmen frei zu verhandeln.

Beschluss:

Die Auftragsvergabe für die Anschaffung der Möblierung in der Cafeteria/Mensa im Adolph-Schmittthener-Gymnasium wird bis auf weiteres zurückgestellt.

Abstimmung: 14 Ja

09. Interkommunaler Kostenausgleich für die Kindertagesbetreuung

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Kostenausgleich, der durch den Gesetzgeber für die Kindertagesbetreuung beschlossen wurde, der dreiste Griff in die Kassen der Kommunen und in die kommunale Selbstverwaltung seit langem darstellt. Zuerst wurde das Gesetz erlassen, allen Kindern einen Kindergartenplatz zu garantieren. Durch den Kostenausgleich wird den Kommunen die Planungssicherheit genommen, und künftig eventuelle Leerstände müssen ebenfalls mitgetragen werden, da die Zuweisungen für die Kinder an die Gemeinden gehen, die die Kindergartenkinder auch tatsächlich aufgenommen haben. Anschließend werden die Kommunen dann noch durch den pauschalen Kostenausgleich durch die Gemeinden belastet, in denen die Kinder aufgenommen wurden.

Bürgermeister Vogt hat keine Probleme damit, dass Eltern die Kinderbetreuungsangebote von anderen Gemeinden annehmen. Allerdings dann auch mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Denn die Gemeinden können es sich nicht leisten, die leer stehenden Kindergartenplätze zu finanzieren und noch zusätzlich die Ausgleichsbeträge an die anfordernde Kommune zu bezahlen. Damit die Gemeinden keine „Spitzabrechnung“ der Kosten vornehmen, in welchen sie ihre Kosten komplett nachweisen müssen, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen, den Aufwand als Pauschale abzurechnen. Die Bürgermeister des Rhein-Neckar-Kreises haben sich in ihrer Sprengelversammlung dahingehend verständigt, dass eine Spitzabrechnung nicht erfolgt, sondern die vom Gemeindetag Baden-Württemberg vorgeschlagenen Pauschalbeträge, die dann im ganzen Land Baden-Württemberg gelten sollen, abzurechnen. Hierzu ist allerdings die Zustimmung des Gemeinderats vonnöten. Aus Praktikabilitätsgründen schlägt die Verwaltung diese Abrechnungsart vor.

Stadtrat Georg Zwölfer bittet um Auskunft, ob die Gemeinden sich dafür ausgesprochen haben, gegen das Gesetz zu klagen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass in letzter Konsequenz nur eine Normenkontrollklage möglich ist, da es sich hier um einen Eingriff in die Finanzhoheit der Gemeinden handelt. Ob sich allerdings ein Gericht dieser Meinung anschließt kann man heute noch nicht sagen. Bei den Schulen beispielsweise ist dies anders geregelt. Hier sind bereits gewisse Tendenzen, gerade bei den Hauptschulen, zu beobachten. Seiner Meinung nach kann es nicht sein, dass die Gemeinden bedarfsgerechte Angebote schaffen und dann noch für andere Kindergartenplätze zahlen müssen.

Stadträtin Heike Jacobs bittet um Auskunft, ob die Eltern der Kindergartenkinder über diese Vorgehensweise informiert sind. Bürgermeister Vogt führt aus, dass dieser Sachverhalt den Eltern nur schwer zu vermitteln ist, da selbst Bürgermeisterkollegen erst jetzt darauf gekommen sind, welche finanziellen Aufwendungen für die Kinderbetreuung auf sie zukommen. Die Konsequenzen, die sich für die Eltern letztlich daraus ergeben, sind ziemlich gravierend.

a) Beschluss zur Abrechnung über Pauschalbeträge

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zur Umsetzung des Interkommunalen Kostenausgleichs nach § 8a KiTaG, die Abrechnung nach den vom Gemeindetag und Städtetag empfohlenen Pauschalbeträgen ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 vorzunehmen, zu.

Abstimmung: 14 Ja

b) Zustimmung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Städten des Rhein-Neckar-Kreises

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem öffentlich-rechtlichen Vertrag zum interkommunalen Kostenausgleich für die Betreuung auswärtiger Kinder zwischen den Städten und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises zu.

Abstimmung: 14 Ja

10. Bekanntgaben

Deutsch-Französische Partnerschaft „Neckarbischofsheim-La Chapelle-St. Luc“

Am Freitag, 14. August 2009 verstarb der Mitbegründer und Motor der deutsch-französischen Partnerschaft zwischen den Städten Neckarbischofsheim und La Chapelle-St. Luc, Herr Claude Chaudet. Zur Beerdigung am Donnerstag, 20. August 2009 reiste eine fünfköpfige Delegation aus Neckarbischofsheim nach La Chapelle-St. Luc. Es waren dies die Eheleute Günter und Christine Burkhardt, Peter Beisel, Bürgermeister Vogt und Harry Hack.

Verschiebung von Gemeinderatssitzungen

Wegen Terminüberschneidung von Kreistagssitzungen müssen die Gemeinderatssitzungen vom 20. Oktober auf den 13. Oktober und vom 15. Dezember auf den 8. Dezember verschoben werden. Die Mitglieder des Gemeinderats werden um Beachtung gebeten.

Öffentlicher Personennahverkehr in Neckarbischofsheim

Wegen der Bündelausschreibung für den Nahverkehr „Sinsheim-Nord“ erfolgte vor den Sommerferien ein Gespräch mit den betroffenen Gemeinden im Rathaus in Bad Rappenau. Während des Gesprächs gab es noch Klärungsbedarf wegen der bestehenden Buslinie Bad Rappenau-Obergimpfern-Siegelsbach-Bad Rappenau, die bei der Einrichtung einer Buslinie von Neckarbischofsheim-Nord (S-Bahn-Anschluss) an den Bahnhof in Bad Rappenau auf einer Teilstrecke (Bad Rappenau-Obergimpfern) einen Parallelverkehr fährt. Oberbürgermeister Blättgen zeigte dabei großes Interesse, dass die Buslinie von Neckarbischofsheim nach Bad Rappenau eingerichtet wird. Bevor es zur Bündelausschreibung im Jahre 2013 kommt, soll diese bereits im nächsten Jahr vorläufig eingerichtet werden. Die Kosten, die auf die Stadt Neckarbischofsheim zukommen, werden noch im Gemeinderat diskutiert. Angedacht ist, dass zu den Hauptverkehrszeiten ein Studentakt erfolgt, was der Stadt Neckarbischofsheim bei der Anbindung an den S-Bahn-Verkehr zugute kommt.

Bewilligungsbescheide Ausgleichstock

Die Bewilligungsbescheide für zwei beantragte Maßnahmen beim Ausgleichstock (Schulzentrum und Obere Turmstraße) sind mittlerweile bei der Stadt Neckarbischofsheim eingetroffen.

Noch nicht bewilligt ist der Antrag für die Errichtung des Sozialgebäudes im städtischen Bauhof. Über diesen Antrag wird erst in der Herbstsitzung des Ausgleichsstock entschieden.

Sanierung städtisches Hallenbad

Die Ausschreibung zur Sanierung des städtischen Hallenbads ist erfolgt. Änderungsbedarf gab es im Bereich der Außenwände (wie unter TOP 06 erläutert).

Sanierung Fußboden in der Hauptschule

Zur Zeit laufen noch die Untersuchungen zur Erneuerung des Fußbodens in der Hauptschule. Das Ergebnis wird dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung mitgeteilt.

Straßenbeleuchtung in Neckarbischofsheim

In der Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt, am Dienstag, 22. September 2009, soll abgestimmt werden, welche Lampen in Neckarbischofsheim und Helmhof ausgetauscht werden. Die Straßenlampen im Stadtteil Untergimpfern sind noch auf dem neuesten Stand, weshalb hier keine Maßnahmen erfolgen sollen.

Betriebserlaubnis für die städtischen Kindergärten

Die Änderungen für die Betriebserlaubnis in den städtischen Kindergärten im Stadtteil Helmhof und Stadtteil Untergimpfern (Verlängerte Öffnungszeiten) sind für das neue Kindergartenjahr bei der Verwaltung eingetroffen, so dass der Betrieb dort gesetzeskonform laufen kann.

Hauptschule Neckarbischofsheim

Von der Rektorin der Hauptschule, Frau Kerstin Rieder, wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass zum Schuljahresbeginn 2009/2010 nur noch 59 Kinder (in fünf Klassen) die Hauptschule besuchen. In der Klasse 6 sind lediglich noch sechs Kinder, so dass eine Kombiklasse gebildet werden musste. Mittlerweile hat sich das Kultusministerium dafür ausgesprochen, nur noch Werkrealschulen im Land Baden-Württemberg zu bilden. Mit dieser Gesetzesänderung wird sich der Gemeinderat in nächster Zeit befassen müssen. Auch die Schulämter wissen jetzt, wohin die Reise bei den Hauptschulen gehen wird. Die Gemeinden des GVV Waibstadt werden zusammen mit dem Oberschulamt nun beraten, wie die Werkrealschule für die Brunnenregion sichergestellt werden kann. Eine Genehmigung der Werkrealschule kann nur erfolgen, wenn sie zweizügig geführt wird. Die traditionellen Hauptschulen gibt es dann nicht mehr, da diese nach dem Gesetz den gleichen Unterrichtsstoff garantieren müssen wie die Werkrealschulen. Hierzu fehlen den Hauptschulen allerdings die Fachlehrer. Der Gemeinderat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Thematik ausführlich befassen.

Verlässliche Grundschule/Schülerbeförderung

Zum Schuljahr 2008/2009 hat der Gemeinderat beschlossen, den Grundschulern aus Helmhof und Untergimpfern die Kosten für die Verlässliche Grundschule zu erstatten, nachdem das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis der Stadt Neckarbischofsheim die Einrichtung eines Schülerverkehrs am Donnerstagvormittag um 12 Uhr verwehrt hat. Auch im neuen Schuljahr 2009/2010 können die Zeiten, in denen die Grundschüler bereits nach der 5. Stunde Unterrichtsende haben, nicht durch Förderunterricht oder einem Schülerverkehr (Dienstag und Donnerstag) aufgefangen werden. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, auch in diesem Schuljahr den Eltern die Kosten für die Inanspruchnahme der verlässlichen Grundschule zu erstatten. Der Gemeinderat stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Verkehrsüberwachung in der Waibstadter Straße

Bürgermeister Vogt verweist auf das Schreiben des Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis zur Verkehrsüberwachung in der Waibstadter Straße. Der Gemeinderat nimmt von dem Schreiben Kenntnis.

Hochzeitstermin 10.10.2010

Beim Standesamt Neckarbischofsheim gingen vermehrt Anfragen wegen des Hochzeitstermins am 10.10.2010 ein. Einer der vier Neckarbischofsheimer Standesbeamten hat Bereitschaft gezeigt, an diesem Sonntag die Eheschließungen zu vollziehen. Allerdings haben die Hochzeitspaare mit einem Sonntagszuschlag von 100 Prozent zu rechnen.

Einladung zum St. Lucasfest in La Chapelle-St. Luc

Von der französischen Partnerstadt La Chapelle-St. Luc liegt eine Einladung zum St. Lucasfest vom 16. bis 18. Oktober 2009 vor.

Bürgermeister Vogt wünscht sich, dass sich viele Gemeinderäte, aber auch Bürgerinnen und Bürger, zum Besuch dieses Festes bei der Verwaltung anmelden. Die Partnergemeinde erwartet bis Ende September die Anmeldungen der Neckarbischofsheimer Delegation, um die Unterbringung planen zu können.

2. Sportplatz in Neckarbischofsheim

Vor den Sommerferien mussten Nacharbeiten auf dem zweiten Sportplatz in Neckarbischofsheim vorgenommen werden. Die Ausgleichsarbeiten haben die Stadt Neckarbischofsheim nichts gekostet, da diese Nachbesserungen nicht von der Stadt zu vertreten waren.

Bischesser Kerwe 2009

Bürgermeister Vogt spricht die herzliche Einladung zur „Bischesser Kerwe 2009“ aus, die am Wochenende 18. bis 21. September gefeiert wird. Er hofft, bei den anstehenden Terminen auf zahlreiche Begegnungen mit den Mitgliedern des Gemeinderats.

11. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt an, wie weit die Baumaßnahme in der Oberen Turmstraße fortgeschritten ist.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass bis vor kurzem noch Bauarbeiten ausgeführt wurden, über das Kerwe-Wochenende aber pausiert wird, da die Obere Turmstraße als Umleitungsstrecke dient. Nach dem Kerwe-Wochenende geht es dann mit den Bauarbeiten in der Höhenstraße weiter. Ein genauer Fertigstellungstermin kann von der Verwaltung jedoch nicht genannt werden.

Stadtrat Walter Freudenberger bezieht sich auf einen Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung, und ist der Meinung, dass der Berichterstatter nicht unrecht hat was die Planer und die Bauunternehmen betrifft. Er stimmt zu, dass die Auswechslung der Straßenschilder im Neubaugebiet ein Schildbürgerstreich war und ist der Meinung, dass hier vieles nicht gestimmt hat. Dies betrifft ebenfalls den Austausch der Pflastersteine entlang des Gehwegs in der Hölderlinstraße und der Austausch des Zauns im Neubaugebiet.

Bürgermeister Vogt führt hierzu aus, dass die Verwaltung sich permanent mit Problemen beschäftigen muss, die sie selbst nicht verschuldet hat. In letzter Zeit häuft sich die Ausführung von Bauarbeiten, die von der Verwaltung so nicht beauftragt waren. Er verweist auf eine schriftliche Stellungnahme des zuständigen Ingenieurbüros, die der Verwaltung bestätigt, dass die Bauausführungen nicht nach den vorliegenden Angeboten erfolgt sind. Dies betrifft derzeit die drei angesprochenen Maßnahmen.

Stadtrat Peter Haffelder bedankt sich im Namen des Festkomitees bei der Verwaltung und dem städtischen Bauhof für die Unterstützung beim „höllenmäßigen Fest“ anlässlich der 650-Jahrfeier im Stadtteil Untergimpeln.

Weiter stellt Stadtrat Haffelder fest, dass im Rahmen der Hinterlandentwässerung im Stadtteil Untergimpeln auch die Sanierung des Feldweges im Bereich der Biegelhofstraße (bis Maschinenhalle Fritsch) angegangen werden sollte.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass sich die Verwaltung den Teilbereich anschauen wird, gibt aber zu Bedenken, dass in diesem Bereich der Stadt Neckarbischofsheim kein Gelände gehört, weshalb eine Sanierung des Feldweges problematisch sein wird.

Weiter führt Stadtrat Haffelder aus, dass in der Verlängerung des Ziegelweges auf 70 Meter Länge der Feldweg ausgeschwemmt ist und ebenfalls sanierungsbedürftig ist.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass der städtische Bauhof beauftragt wird, mit dem vorhandenen Bitumenmaterial das Feldwegstück zu bearbeiten.

Stadtrat Walter Freudenberger führt aus, dass er sich die von ihm bemängelten Abrechnungsunterlagen der Feuerwehr angeschaut hat und den Sachbearbeiter wegen der Anmerkung im Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg keine Schuld trifft.

12. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Karlheinz Jakoby teilt mit, dass auf dem Weg von der Mühlstraße zum Forsthaus, entlang der neu verlegten Wasserleitung durch die Mühlbachgruppe, an der dort aufgestellten Bank eine große Kuhle ist, die aufgefüllt werden sollte, da hier eine Gefährdung der Fußgänger erfolgt.

Des weiteren fragt er an, wer an dem Rain, an dem die Bank steht, für das Mähen verantwortlich ist, da dort sehr große Brennesseln vorhanden sind, die das Rasten nicht möglich machen. Hier ist ebenfalls der Weg auf einer Länge von zehn Metern sanierungsbedürftig. Bürgermeister Vogt nimmt den Hinweis auf und wird den Bauhof beauftragen, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Herr Günter Burkhardt stellt fest, dass der Gemeinderat den Abrechnungspauschalen für die Kinderbetreuung zugestimmt hat, allerdings ohne dass dort irgendwelche Beträge genannt wurden.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es sich je nach Betreuungsangebot um eine jährliche Pauschale von 1.040 € (Regelkindergarten) bis 8.340 € (Ganztags-Altersgemischte-Gruppe) handelt.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: